

Verein zur Förderung der Frauenpolitik in Deutschland e.V.
Geschäftsstelle der BAG Brunnenstraße 128 13355 Berlin

Pressemitteilung

23. Bundeskonferenz der kommunalen
Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten
vom 06.09. – 08.09.2015
in Rostock- Warnemünde

SPERRFRIST: Montag, 7.9.2015, 12.00 Uhr

Rostock-Warnemünde, 07.09 2015

Gleichstellungspolitik 3.0: Für eine bessere Zukunft!

- Flüchtlingsfrauen brauchen besondere Unterstützung!
- Freigewordene Bundesmittel für Kitausbau!
- Bessere Rahmenbedingungen für Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte!

An die 370 kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte aus ganz Deutschland diskutieren seit heute in Rostock Warnemünde über die Zukunft der Gleichstellungspolitik. Die hohe Zahl der Teilnehmerinnen zeigt das große Bedürfnis, sich sowohl über aktuelle Themen als auch über „Dauerbrenner“ auszutauschen.

Gleichstellungspolitik 3.0 und Flüchtlingsfrauen:

Frauen und Mädchen fliehen u. a., weil sie in vielen Ländern als Teil der Kriegsführung vergewaltigt werden. Auch auf der Flucht werden sie häufig Opfer sexueller Gewalt. Sie brauchen in Deutschland besondere Hilfesysteme, um die erlebten Traumata zu bewältigen. Sie brauchen Schutz vor Gewalt und vor sexuellen Übergriffen in Gemeinschaftsunterkünften und sie brauchen Bildungsangebote, die u.a. berücksichtigen, dass zwei Drittel der Analphabeten weltweit weiblich sind.

Bundesministerin Manuela Schwesig: „Ich schätze die Arbeit der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten sehr. Ohne Sie wäre vieles nicht möglich. Aktuell ist die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen eine der größten Herausforderungen vor Ort. Besonders die Frauen und Kinder, die bei uns ankommen und Schutz suchen, sind durch Krieg und Gewalt schwer traumatisiert. Ich begrüße es sehr, dass Sie sich vor Ort dafür stark machen, dass auf die Bedürfnisse dieser Frauen so gut es geht Rücksicht genommen wird.“

Sprecherinnengremium

- Petra Bormann**
Stadt Delmenhorst
Gleichstellungsbeauftragte
Tel 0 42 21 - 99 11 87
petra.bormann@delmenhorst.de
- Beate Ebeling**
Stadt Wolfsburg
Gleichstellungsbeauftragte
Tel 0 53 61 - 28 27 62
beate.ebeling@stadt.wolfsburg.de
- Heike Gerstenberger**
Bezirksamt Pankow von Berlin
Gleichstellungsbeauftragte
Tel 0 30 - 9 02 95 23 05
heike.gerstenberger@ba-pankow.berlin.de
- Brigitte Kowas**
Bezirksamt Reinickendorf von Berlin
Frauenbeauftragte
Tel 0 30 - 9 02 94 23 09
brigitte.kowas@reinickendorf.berlin.de
- Susanne Löb**
Landkreis Wolfenbüttel
Gleichstellungsbeauftragte
Tel 0 53 31 - 8 42 53
s.loeb@lk-wf.de
- Katrin Morof**
Landkreis Helmstedt
Gleichstellungsbeauftragte
Tel 0 53 51 - 1 21 12 12
gleichstellungsbeauftragte@landkreis-helmstedt.de
- Carmen Muñoz-Berz**
Stadt Waldbröl
Gleichstellungsbeauftragte
Tel 0 22 91 - 90 81 15
carmen.munoz-berz@waldbroel.de
- Inge Trame**
Stadt Gütersloh
Gleichstellungsbeauftragte
Tel 0 52 41- 82 20 80
inge.trame@gt-net.de
- Saskia Veit-Prang**
Landeshauptstadt Wiesbaden
Frauenbeauftragte
Tel 06 11 - 31 24 49
saskia.veit-prang@wiesbaden.de
- Gabriele Wenner**
Stadt Frankfurt am Main
Leiterin des Frauenreferates
Tel 0 69 - 21 23 63 62
gabriele.wenner@stadt-frankfurt.de

Dazu gehört eine angemessene Unterbringung ebenso wie der Zugang zu speziellen Beratungsangeboten. Dies ist nur ein Beispiel, wie sehr Ihre Arbeit gebraucht wird. Sie unterstützen, wo Frauen ganz konkrete Hilfe suchen.“

Wir fordern: Qualifiziertes Personal und Bundesmittel speziell für die Unterstützung von geflüchteten Frauen und Mädchen.

Gleichstellungspolitik 3.0 und Bundesfinanzminister:

Die freiwerdenden Mittel aus dem Betreuungsgeld müssen in den Ausbau der Kindertagesstätten fließen. Es ist ein Unding, dass Wolfgang Schäuble damit Haushaltslöcher stopfen möchte. So sieht keine moderne Familienpolitik aus. Fehlende Kinderbetreuung führt dazu, dass vor allem Mütter beruflich zurückstecken. Die Folgen: Fachkräftemangel, schlecht bezahlte Minijobs, niedrige Renten, Altersarmut. Das kann nur durch mehr Kitaplätze und eine gerechtere Arbeitsteilung zwischen Männer und Frauen verhindert werden. Immer mehr Väter wollen weniger arbeiten, sie wollen mehr Zeit mit ihrer Familie verbringen.

Birgit Hesse, Ministerin für Arbeit, Gleichstellung und Soziales des Landes Mecklenburg Vorpommern bezeichnete heute in Ihrer Rede vor den Gleichstellungsbeauftragten die Vereinbarkeit von Familie und Beruf als unabdingbare Voraussetzung für Gleichstellung Zitat: „Vereinbarkeit geht uns an: Männer und Frauen, Arbeitgeber und Beschäftigte, Jung und Alt. Und dass wir beim Thema Vereinbarkeit vorankommen, ist mir persönlich besonders wichtig.“ Nur wenige Arbeitgeber haben bisher auf die Forderung von Vätern einer besseren Vereinbarkeit reagiert und sehen immer noch lieber die Frauen in Eltern- und Teilzeit. Deshalb braucht es neue geschlechtergerechte Arbeitszeitmodelle, wie z.B. das der Familienzeit (30 Stunden pro Woche), das Bundesministerin Schwesig vorgeschlagen hat.

Wir fordern: Ein Gesetz zur Familienarbeitszeit und den Ausbau der Kitaplätze mit den freiwerdenden Mittel aus dem Betreuungsgeld.

Gleichstellungspolitik 3.0 = Verantwortung der Politik

Die Politik hat es immer noch nicht geschafft, Artikel 3, Absatz 2 des Grundgesetzes einzulösen „Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin“. Das ist ein Skandal und ein Verfassungsbruch. Frauen verdienen immer noch weniger als Männer, fehlen in Führungsetagen, in Kommunalparlamenten und auf Bürgermeisteresseln. 39 % der Alleinerziehenden und ihre Kinder sind von Armut bedroht. Mütter haben schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt als Väter.

Wir fordern: Die Politik muss endlich das Grundgesetz erfüllen: Für Geschlechtergerechtigkeit und eine gute Zukunft von Frauen und Männern.

Gleichstellungspolitik 3.0 = Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte 3.0:

Sie sollen die ganze Palette der gesamtgesellschaftlich wichtigen gleichstellungspolitischen Themen abdecken und dabei fachlich immer auf dem neuesten Stand sein und nachhaltig dafür sorgen, dass Gleichberechtigung vor Ort umgesetzt wird. Das Profil der Arbeit einer Gleichstellungsbeauftragten entspricht dem einer Managerin und damit einer Führungsposition! Doch die Eingruppierung und damit die Bezahlung sind vergleichsweise schlecht. Meist haben sie kein Personal und ein nur geringes Budget. Geld für Fortbildungen oder Dienstreisen ist knapp. Mit ihrer Arbeit fördern sie eine gleichberechtigte Gesellschaft. Dadurch erhöht sich auch der wirtschaftliche Erfolg für Alle!

Dazu die EntschlieÙung der **Konferenz der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen und -minister der Länder** – GFMK: Die Ministerinnen und Minister nehmen mit Besorgnis zur Kenntnis, dass sich die Situation der kommunalen und bezirklichen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten in Teilen verschlechtert hat. Sie appellieren an die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Landrätinnen und Landräte sowie die kommunalen Spitzenverbände, die Potentiale der kommunalen und bezirklichen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten noch besser zu nutzen. Insbesondere mit einer erhöhten Anerkennung, Unterstützung und der weiteren Sicherung der nötigen Ressourcen (Zeit, Budget, Personal).

Wir fordern: Die rechtlichen Rahmenbedingungen und die Ausstattung in den Kommunen müssen für die kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbüros verbessert werden!

Auf Wunsch vermitteln wir während und nach der Bundeskonferenz
Interviewpartnerinnen. Informationen zur Konferenz:
www.frauenbeauftragte.de

Auf Wunsch vermitteln wir vor, während und nach der Bundeskonferenz Interviewpartnerinnen.

Kontakt/Anmeldung zur Pressekonferenz:

Pressereferentin Anke Spiess (Tel.: 0163/6418811),
mail: buko2015@frauenbeauftragte.de

Die Bundeskonferenz wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und dem Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales Mecklenburg Vorpommern gefördert.